

NAHOSTKONFLIKT

Tutti fratelli – eine christliche Tradition



Auf dem Schlachtfeld von Solferino sah Henry Dunant, wie sich Frauen um Verwundete aus beiden Lagern kümmerten. «Tutti fratelli» – alles Brüder – war ihre Begründung. Diese Erfahrung war für den überzeugten Christen Dunant entscheidend und führte zur Gründung des Roten Kreuzes.

Israels Botschafterin Ifat Reshef traf Marc Jost in Bern zum Gedenken an die israelischen Geiseln.

Tutti fratelli: dieser christlichen Tradition sollten wir treu bleiben. Unsere Nächstenliebe, Fürbitte und unser Mitgefühl soll all unseren Mitmenschen gelten, das lehrt uns Jesus mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter – und das gilt auch in Bezug auf den Nahostkonflikt.

Unsägliches Leid auf beiden Seiten

Am 7. Oktober starben aufgrund der Hamas-Attacke 1139 Menschen, darunter 766 Zivilisten. 239 Geiseln wurden entführt; 130 sind immer noch in Haft. Die EVP verurteilte diesen Angriff aufs Schärfste und bezeichnete ihn mit unmissverständlichen Worten

als einen brutalen Terrorakt. Israel seinerseits antwortete darauf mit einem massiven Gegenangriff, der bis heute andauert. Die Hamas rechnet mit über 30 000 Todesopfern. Dies wird von verschiedenen unabhängigen Quellen als glaubwürdig eingestuft. Diese tragische Zahl hat damit zu tun, dass beide Konfliktparteien Zivilpersonen ungenügend schützen. Deshalb sind beide Seiten mit dem Vorwurf von Kriegsverbrechen konfrontiert.

Was tut die politische Schweiz?

Im Parlament haben wir uns mit den Konsequenzen dieses Konflikts mehrfach beschäftigt. Die

angespannte Lage hat auch dazu geführt, dass Antisemitismus und Rassismus zugenommen haben. Dagegen hat das Parlament mit Unterstützung der EVP mehrere Vorstösse angenommen. Auch die humanitäre Situation ist ein Thema, insbesondere die Schweizer Unterstützung an das Palästinenserhilfswerk UNRWA, die aktuell sistiert ist, nachdem Israel davon berichtet hat, dass einzelne UNRWA-Angestellte an der Hamas-Attacke teilgenommen hätten. Wegen der tragischen humanitären Lage in Gaza hatten wir uns im Parlament noch vor dieser Kritik für die Weiterführung der Unterstützung der Schweiz ausgesprochen.

Geiseln und Gaza brauchen Hilfe!

Auch heute sind wir der Meinung, dass auf die dringliche humanitäre Lage in Gaza unbedingt geantwortet werden muss. Aktuell suchen wir andere Wege der Unterstützung. Gleichzeitig wünschen wir uns, dass die Geiseln, die weiterhin von der Hamas festgehalten werden, endlich befreit werden. Und schliesslich müssen jegliche Verbrechen gegen das Völkerrecht klar verurteilt werden. Die Schweiz kann sich dabei auf ihre christlich-humanitäre Tradition stützen.

Marc Jost, Nationalrat, Thun

AZB 3001 Bern
DIE POST

PAROLEN ZUM 9. JUNI 2024

Infos:
evp-be.ch/abstimmungen und evppev.ch/11

VOLKSABSTIMMUNGEN 2, 3

Die Schweizer Stimmberechtigten entscheiden am 9. Juni über drei Initiativen und eine Gesetzesvorlage.

GROSSER RAT 4


Die Solar-Initiative, die Kirchensteuer und die Jurafrage prägten die Frühjahrsession des Grossen Rats.

GEMEINDEPOLITIK 5, 7

Sechs neue Parlamentsmitglieder und zwei erfahrene Gemeindepolitikerinnen berichten über ihre politische Tätigkeit.

KIRCHENSTEUERN 9

Die Kirchensteuer für juristische Personen steht unter Druck. Doch die Kirchen entlasten das öffentliche Sozialwesen stark.

	Prämien-Entlastungs-Initiative	NEIN
	Kostenbremse-Initiative	JA
	Initiative für körperliche Unversehrtheit	NEIN
	Stromgesetz	JA



Nachhaltige Hoffnung

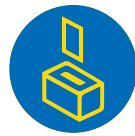
Von der WG meiner Töchter bin ich unterwegs zum Bahnhof Wankdorf. Da löst sich das Rätsel zum folgenden Instagram-Post auf: «OFF» – «DIE» – «LL» (aus – sterben – krank). Wie «erhofft» nicht das Ende der Band, sondern ein neuer Song wird released: «w**ILL** DIE h**OFF**nung nicht verlieren». Darauf habe ich gewartet und öffne Spotify. «Unangemessener Inhalt» erscheint beim Starten. Ich vertraue der Band Silbermond jedoch mehr als Spotify und entscheide in diesem Fall «unangemessen» zu sein.

Erfreut, dass du diese Zeilen liest, gebe auch ich alles, um nachhaltig Hoffnung zu verbreiten! In einer Zeit, in der man das «Richtige» innert 10 Sekunden mit einer Online-Gegenstudie widerlegen kann, wird die Sicherheit, ob etwas richtig oder falsch ist, stark auf die Probe gestellt.

Im Bewusstsein, dass unser Gott uns nicht einfach Lösungen präsentiert und es oft kein «richtig» und «falsch» gibt, wünsche ich mir in Zukunft eine Hoffnung ausstrahlende EVP mit viel Bewusstsein für ein würdevolles Miteinander. Sprechen wir einander und uns selbst die Würde, die wir haben, zu und verändern wir damit die Welt. Treten wir in Würde jenen Menschen gegenüber, die sie anderen absprechen wollen. Jeden Tag, immer wieder neu. Ich weiss aus Erfahrung, dass dies emotional und herausfordernd wird. Aus dieser Wertschätzung heraus kann es uns gelingen, in unserem Umfeld nachhaltig hoffend unterwegs zu sein und damit vielen Menschen ein besseres Lebensgefühl zu schenken.

Lorenz Fehr
Mitglied Geschäftsleitung EVP BE

Stromgesetz und Initiative für Freiheit



Die EVP hat die Ja-Parole zum Stromgesetz gefasst. Dieses ermöglicht den Ausbau einheimischer erneuerbarer Stromproduktion, der angesichts der Weltlage und des Klimawandels dringend nötig ist. Nein sagt die EVP dagegen zur problematisch formulierten Volksinitiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit.

Krisenresistenter dank Stromgesetz

Für das Erreichen der Klimaziele und der Energiewende wird Strom immer mehr zur Schlüsselressource; Energie muss CO₂-frei und damit erneuerbar werden.

Die zunehmende Elektromobilität wie auch der Trend zum Umstieg von fossilen Energien auf Wärmepumpen lassen den Strombedarf ansteigen. Neben dem Ausschöpfen von Sparpotenzialen gilt es deshalb, die Produktion von einheimischer Energie mit guten Rahmenbedingungen voranzutreiben.

Hier setzt das Stromgesetz an: Es definiert die Rahmenbedingungen, unter welchen die Produktion von erneuerbarem Strom in der Schweiz gesteigert werden soll. Es wägt energiepolitische Interessen gegenüber denen des

Umweltschutzes ab und findet eine Balance, um die Schweiz krisenresistenter zu machen und für die Energiewende zu wappnen.

Durch den Zubau von erneuerbaren Energien (vor allem Wasserkraft und Sonnenenergie) kann sich die Schweiz vom Import nicht erneuerbarer Energie (Erdöl, Gas, Uran für Kernenergie) lösen. Dies macht uns unabhängiger von undemokratischen Staaten, die uns mit den entsprechenden Rohstoffen beliefern. Dadurch bleibt die Wertschöpfung der Energieproduktion in der Schweiz und die Versorgungssicherheit wird gestärkt.

Das Stromgesetz ist sozialverträglich ausgelegt; es setzt auf Investitionsanreize und Förder-



Tabea Bossard-Jenni

mittel, ohne die Haushalte und Familien mit neuen Abgaben zu belasten. Die EVP empfiehlt darum, dem Stromgesetz zuzustimmen.

Tabea Bossard-Jenni
Grossrätin, Oberburg

Ja zur Impffreiheit – nein zur Initiative



Philippe Messerli

Am 9. Juni stimmen wir über die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab. Diese will sicherstellen, dass jede Person frei entscheiden kann, ob sie sich impfen lassen will oder nicht.

Die Initiative formuliert dieses Anliegen jedoch sehr generell: Bei jedem staatlichen Eingriff in die körperliche oder geistige Unversehrtheit muss die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen. Damit schränkt die Initiative insbesondere das staatliche Gewaltmonopol im Polizeiwesen, in Strafverfolgung und Strafvollzug oder im Ausländer- und Asylwesen weitreichend ein. Würde die Initiative angenommen, dürfte zum Beispiel die Polizei keinen Verdächtigen mehr festnehmen ohne dessen ausdrückliche Zustimmung.

Das Grundrecht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf die körperliche und geistige Unversehrtheit, ist in der Bundesver-

fassung bereits heute festgeschrieben. Der Staat kann dieses Grundrecht nur unter bestimmten Bedingungen einschränken. Es muss dafür eine gesetzliche Grundlage vorhanden sein, ein öffentliches Interesse vorliegen oder die Grundrechte anderer Personen sind in Gefahr. Auch müssen die Einschränkungen verhältnismässig sein.

Fazit: Die EVP stand und steht weiterhin klar zum Grundsatz: keine staatliche Impfpflicht. Die Initiative ist jedoch so formuliert, dass ihre Umsetzung das staatliche Gewaltmonopol unverhältnismässig einschränken würde. Deshalb lehnt die EVP die Initiative ab.

Philippe Messerli
Grossrat, Nidau

Ja zur «Kostenbremse», nein zur «Prämien-Entlastung»



Am 9. Juni stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über zwei Initiativen zur Eindämmung der Krankenkassenprämien ab. Die EVP lehnt die Prämien-Entlastungs-Initiative ab, befürwortet hingegen die Kostenbremse-Initiative.

Kostenbremse für tragbare Krankenkassenprämien

Die Kostenbremse-Initiative will im Gesundheitswesen die Prämienlast der privaten Haushalte verringern. Sobald die Gesundheitskosten stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft, muss die Kostenübernahme der Krankenkassen mit wirksamen Anreizen gebremst werden.

Überbeanspruchte Solidarität

Nach dem sogenannten Solidaritätsprinzip zahlen alle regelmässig in einen Topf ein. Schäden werden daraus beglichen. So funktioniert in der Theorie eine Versicherung. Auch unsere Krankenversicherung funktioniert so – eigentlich. Immer häufiger höre ich jedoch: «Nun will ich auch mal profitieren und nicht nur ständig

für die anderen zahlen!» Das Solidaritätsprinzip wird mit den seit Jahren massiv steigenden Krankenkassenprämien zunehmend überbeansprucht.



Simone Leuenberger

Dazu kommen Meldungen zum enormen Sparpotenzial im Gesundheitswesen: Wir zahlen zu viel für Medikamente und Medizinalprodukte. Es werde zu viel verrechnet und komme zur unnötigen Verschreibung von Behandlungen. Insgesamt geht man von 6 Milliarden Franken aus, die Doppelspurigkeiten, Fehlanreize und Ineffizienzen jährlich kosten.

Kostenbremse als Lösung

Von unserem Haushaltsbudget geben wir bereits durchschnittlich 7 % für die obligatorischen Krankenkassenprämien aus. Das ist ein Anstieg von 31 % in den letzten zehn Jahren. Die Prämien dürfen nicht weiter

ungebremst steigen. Bundesrat und Parlament teilen die Meinung, dass die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen gestoppt werden muss, und haben deshalb einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. In Absprache mit den Akteuren des Gesundheitswesens soll alle vier Jahre festgelegt werden, wie stark die Kosten in der obligatorischen Krankenversicherung höchstens steigen dürfen.

Die EVP-Delegierten sind der Meinung, dass die Kostenbremse-Initiative die richtige Lösung ist und dass der Solidaritätsgedanke damit gestärkt wird.

Simone Leuenberger
Grossrätin, Uettligen

Ursachen der Kostenexplosion nicht beseitigt

Die Kosten im Gesundheitswesen und die Krankenkassenprämien steigen unaufhörlich. Familien und Einzelhaushalte kommen an ihre finanziellen Grenzen. Die Lösung der im Juni zur Abstimmung stehenden Prämien-Entlastungs-Initiative ist verblüffend einfach: Versicherte sollen künftig nur noch maximal 10 % ihres verfügbaren Einkommens für Prämien ausgeben müssen. Doch ist es wirklich so einfach?!

Ursachen nicht beseitigt

Die Initiative gibt keine Antwort auf die steigenden Gesundheitskosten und bekämpft damit keine der strukturellen Ursachen für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Sie

bekämpft lediglich die Symptome, indem Sie die Prämienlast deckelt. Das heisst, die eigentliche Kostenexplosion geht weiter und die Folgen werden lediglich durch weitere Subventionen und Umverteilungen vorübergehend gedämpft. Dies führt dazu, dass der Druck auf die Politik, die steigenden Gesundheitskosten strukturell in den Griff zu bekommen, sinkt.

Mittlere Einkommen mehr belastet

Die jährlichen Mehrkosten von 3,5 bis 5 Milliarden Franken sind für den Bund, der laut Initiative zwei Drittel übernehmen müsste, in der aktuellen Situation nicht finanzierbar. Die zusätzlichen Kosten würden

über Steuern und Abgaben auch auf jene Personen und Familien mit mittleren Einkommen abgewälzt, die ebenfalls unter den hohen Prämien

leiden, aber nicht von einer Prämienverbilligung profitieren. Somit belastet diese Initiative Familien und Haushalte mit mittleren Einkommen noch zusätzlich.

Der Gegenvorschlag ist zielgenauer

Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Dieser ist zielgenauer und setzt dort an, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht, und nimmt die Kantone stärker in die Pflicht. Aus diesen Gründen lehnt die EVP die Prämien-Entlastungs-Initiative ab.



Katja Streiff

Katja Streiff, Grossrätin
Oberwangen

Solar-Initiative, Kirchensteuer und Jurafrage im Fokus



Die Frühlingssession war geprägt von den Beratungen über den Gegenvorschlag zur Solar-Initiative, der Frage, ob juristische Personen weiterhin Kirchensteuern zahlen sollen, und dem Abschluss der Jurafrage.

Der Grosse Rat zog dem regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Solar-Initiative alle Zähne. Eine Solarpflicht für Neubauten, bestehende Bauten und Parkplätze wurde zurückgewiesen. Damit wird eine grosse Chance zur Energie- und Solarwende verpasst. Grossrätin **Tabea Bossard-Jenni** sprach von einem regelrechten Scherbenhaufen. **Markus Wenger** setzte sich dafür ein, dass juristische Personen auch weiterhin Kirchensteuern zahlen. Grossrat **Tom Gerber** sprach

sich für das Moutier-Konkordat aus und bekräftigte, dass die Jurafrage damit abgeschlossen ist. Das Berner Parlament muss konsequent bleiben, die Territorialstreitigkeiten mit dem Kanton Jura sind endgültig gelöst. Für den Berner Jura gilt es nun, die neue Ausgangslage als Chance zur Neupositionierung zu nutzen. Grossrätin **Katja Streiff** engagierte sich erfolgreich dafür, dass Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vom Kanton

die nötige Unterstützung erhalten. Mit einer weiteren Motion erreichte die EVP-Grossrätin, dass Betroffene des Chronic-Fatigue-Syndrom (ME/CFS) besser unterstützt und begleitet werden.

Grossrat und Imker **Hanspeter Steiner** setzte sich als Mitmotionär erfolgreich für den Schutz der Bienen ein. Der Kanton soll Massnahmen gegen die Ausbreitung der asiatischen Hornisse ergreifen. Gemeinsam mit Katja Streiff erreichte er mit einer Motion, dass der Umgang mit Künstlicher Intelligenz an den Schulen künftig einheitlich geregelt wird. Dank dem Engagement von **Margret von Bergen** werden im Kanton Bern künftig mehr temporäre Entlastungsbetten für Seniorinnen und Senioren zur Verfügung stehen. Zudem setzte sich die EVP erfolgreich für eine Überarbeitung der kantonalen Altersstrategie ein. Grossrat **Philippe Messerli** engagierte sich für die Revision des Archivgesetzes. Die Überführung der historisch wertvollen Psychiatrieakten ins Staatsarchiv und die finanzielle Unterstützung des Gosteli-Archivs sind von zentraler Bedeutung für die



Barbara Stotzer-Wyss

Geschichtsforschung. Die soziale Integration von Sozialhilfebeziehenden darf nicht vernachlässigt werden. Grossrätin **Simone Leuenberger** sprach sich für einen flexibleren Mitteleinsatz bei den Beschäftigungsmassnahmen aus. **Barbara Stotzer-Wyss** setzte sich im Rahmen der Diskussion zur Steuerstrategie für die Glättung bei den tieferen Einkommen ein. Allfällige Steuersenkungen sollen nicht durch eine Reduktion beim Service Public finanziert werden.

Barbara Stotzer-Wyss
Grossrätin, Büren a. A.

GESUCHT

Kassier/in EVP BE

(ehrenamtlich, Spesenpauschale)

Du besitzt gute Kenntnisse und Erfahrung in Buchhaltung und möchtest als Mitglied der Geschäftsleitung die Parteilarbeit aktiv mitgestalten?

Folgende Aufgaben erwarten dich:

- Führen der Buchhaltung
- Erstellen von Bilanz und Erfolgsrechnung
- Mitarbeit bei der Finanzplanung
- Mitglied der Geschäftsleitung EVP BE (rund zehn Sitzungen jährlich)

Fühlst du dich angesprochen?

Dann melde dich bei:

Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer EVP BE
info@evp-be.ch oder Tel. 031 352 60 61

ANZEIGE



IDEA bringt reflektierte Hintergründe und schafft die Brücke zwischen Glauben und Wirtschaft, Politik sowie Gesellschaft. Inspirierend und motivierend!



Roman Salzmann
Inhaber salcom.biz Public Relations



DAS CHRISTLICHE WOCHENMAGAZIN



Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA.

Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche! Bleiben Sie auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie Gott in der Schweiz und der Welt wirkt.

Erhalten Sie unser Magazin zum Kennenlernpreis unter

ideaschweiz.ch/kennenlernen



Neue Gesichter in den Gemeindeparlamenten

Nach den Rücktritten der kommunalen Parlamentsmitglieder **Susanne Gygax (Thun)**, **Therese Streit (Bern)**, **Josef Timoteo Jenni (Burgdorf)**, **Paul Blösch (Nidau)**, **Fabian Baumgartner (Ostermundigen)** und **Andreas Dummermuth (Interlaken)** sind für die EVP sechs neue Persönlichkeiten nachgerückt. Wir stellen die neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier und ihre Anliegen vor.



Simon Badertscher
Stadtrat, Thun

Der gelernte Sozialpädagoge ist 37 Jahre alt, verheiratet und hat einen Sohn. Beruflich ist er als Schulsozialarbeiter in Steffisburg tätig. Zu seinen politischen Schwerpunkten zählen Soziales und Sicherheit.

«Ich setze mich für eine lebenswerte Stadt Thun ein, in der sich die verschiedenen Generationen wohl fühlen. Dazu gehört guter und bezahlbarer Wohnraum für Familien aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten.»



Debora Alder-Gasser
Stadträtin, Bern

Die 39-jährige Fundraiserin und Relationship Managerin arbeitet in einer NGO. Sie ist verheiratet und bald dreifache Mutter. In der Freizeit engagiert sie sich für ihr Start-up TEIL (teil.style), das sich für einen nachhaltigen Konsum von Kleidern einsetzt.

«Eine kreislauffähige Stadt, die Förderung von sozialem Unternehmertum und die Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Schaffung von Ausstiegsmöglichkeiten für Frauen in Prostitution liegen mir besonders am Herzen.»



Beryll Veraguth
Stadträtin, Burgdorf

Die 23-jährige Jungpolitikerin steht kurz vor ihrem Abschluss als Bekleidungsgestalterin EFZ. Seit gut zwei Jahren engagiert sie sich im Vorstand der JEVJ Schweiz. Zu ihren Leidenschaften zählen Kreativität, Kinder- und Jugendarbeit, Theater spielen und Singen.

«Ich werde mich dafür einsetzen, dass alle Menschen in Burgdorf in Würde leben können und meine Gemeinde ihren Teil dazu beiträgt, das Klima und unsere Umwelt zu schützen. Und ich engagiere mich dafür, dass die Stimme der Jungen gehört und einbezogen wird.»



Eliane Geiser
Stadträtin, Nidau

Die gelernte Heil- und Sozialpädagogin ist verheiratet und Mutter von vier kleinen Kindern. Erholung und Ausgleich findet die 30-jährige Nidauerin beim Imkern und in der Gartenarbeit.

«In allen Bereichen sollten langfristig tragbare Lösungen angestrebt werden, welche soziale Gerechtigkeit und einen sorgsamen und respektvollen Umgang mit unserer Umwelt und Lebensgrundlage zum Ziel haben. Ich engagiere mich für eine würdige und lebenswerte Zukunft für alle Menschen.»



Benjamin Gimmel
GGR, Ostermundigen

Der 55-jährige Pflegefachmann ist beruflich als Geschäftsführer in einer Altersinstitution tätig. Er ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder. In seiner Freizeit ist er gerne in der Natur unterwegs (Klettern, Wandern und Schneeschuhtouren).

«Politisch möchte ich mich für mehr Menschlichkeit gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft, für einen respektvolleren Umgang und gegen Extremismus jeglicher Couleur einsetzen.»



Marlis Balmer
GGR, Interlaken

Die 45-jährige Bäuerin und Pflegefachfrau führt gemeinsam mit ihrem Mann einen Milchwirtschaftsbetrieb mit einem angegliederten Gemüse-Solawi. Sie ist Mutter von drei Kindern und verbringt ihre Freizeit gerne mit der Familie und ihren Freundinnen.

«Ich möchte mitdiskutieren und gestalten: Wie geht es Schulkindern und Eltern? Wie sieht eine gute Koexistenz zwischen Einheimischen und Touristen aus? Welche Bedürfnisse haben Rentnerinnen und Rentner? Welche Freizeitangebote und Naherholung brauchen wir?»

Zusammenstellung: Philippe Messerli

ANZEIGEN

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

baumann elektro
jung, dynamisch und motiviert
www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

berni dr.wasserfachmann
• Wasserenthärtungsanlagen
• Neuanlagen und Service
berniwieland.ch

Ruedi Josuran:
«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

Keine Angst!

Es geschah im letzten Jahr, einen Tag vor meinem Amtsantritt als Gemeinderätin. Mitten im Worship unseres Gottesdienstes kam ein guter Bekannter zu mir. Er habe ein Wort aus Lukas 12, Vers 12 für mich zu meiner neuen Aufgabe: «Denn der Heilige Geist wird euch zur rechten Zeit das rechte Wort geben.» Ausserdem gab er mir noch ein paar persönliche Worte weiter. Dieses Erlebnis war für mich sehr wertvoll und gab mir Kraft für den Einstieg und die folgenden Wochen und Monate. In den vorangehenden Versen spricht Jesus über Herausforderungen, die seine Jünger noch erleben werden. Er versichert ihnen, dass der Heilige Geist sie in schwierigen Situationen leiten und ihnen die richtigen Worte

geben wird. Auch wenn ich zum Glück nicht verfolgt werde wie einst die Jünger von Jesus, benötige ich doch Gottes Hilfe bei meinen Aufgaben als Gemeinderätin.

So vertraue ich darauf, dass:

- mich der Heilige Geist in schwierigen Situationen führt und mir zeigt, wann und was ich reden soll,
- er mir die nötige Weisheit und Ruhe gibt,
- ich gut zuhören und sinnvolle Entscheidungen treffen kann,
- er mich leitet, wenn ich eine Rede vorbereite.

Letztlich bedeutet es, dass wir nicht allein sind mit unseren Herausforderungen und Ent-



Therese Rohrer

scheidungen, sondern dass Gott durch seinen Geist bei uns ist und uns leitet. Das wünsche ich uns allen von ganzem Herzen!

Therese Rohrer
Gemeinderätin, Münchenbuchsee

AGENDA

Sommersession Grosser Rat
3. – 13. Juni 2024

Volksabstimmungen
9. Juni 2024

**Ausserordentliche DV
EVP Kanton Bern**
15. August 2024, 19.30 Uhr
Kapelle EGW, Nägeligasse 9, Bern

**Bundeshausführung mit
EVP-Nationalrat Marc Jost**
16. August, 18.00 Uhr

KMU-Forum EVP Schweiz
23. August 2024

Herbstsession Grosser Rat
2. – 12. September 2024

**Ausserordentliche DV
EVP Schweiz**
7. September 2024

Volksabstimmung
22. September 2024

ANZEIGE



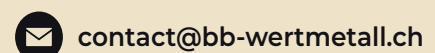
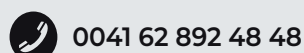
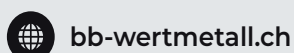
S-Deposito⁺

Mit Silber setzen Sie auf einen wahren Wert.

- ✓ **Versicherte Lagerung**
- ✓ **Tauschfunktion**
- ✓ **Chance auf Wertzuwachs**

Mit dem S-Deposito erwerben unsere Kunden hochreines Silbergranulat, das in einem Zollfreilager Nähe Zürich versichert aufbewahrt wird. Die Investition in Silbergranulat ist durch das Einsparen der Mehrwertsteuer preislich sehr attraktiv. Betrachten wir die hohe industrielle Nachfrage können wir bei Silber einen Wertzuwachs erwarten.

Sind Sie auf Ihren Silbervorrat kurzfristig angewiesen, können Sie diesen täglich zu den aktuellen Preisen in CHF oder EUR umtauschen. Ein Online-Zugang bietet Ihnen rund um die Uhr Einsicht in Ihren Silberbestand, eine Tauschfunktion und eine benutzerfreundliche Verwaltung von Dokumenten. Eröffnen Sie jetzt Ihr S-Deposito!



ZU BESUCH BEI

Bettina Jans-Troxler, Bern



Bettina Jans-Troxler lebt mit ihrem Ehemann und ihren zwei Kindern in Bern und engagiert sich seit 2013 im Berner Stadtrat. Zudem präsidiert sie die EVP-Ortspartei. Viel Zeit investiert sie daneben in ihre Familie, das Stadtkloster Frieden und die Beratung für natürliche Empfängnisregelung.

Weshalb kandidierst du für den Gemeinderat der Stadt Bern?

Mir ist es ein grosses Anliegen, dass die Politik in der Stadt Bern ausgewogen ist und die langfristige Nachhaltigkeit im Blick hat. Deshalb stelle ich meine Erfahrung zur Verfügung, auf der Mitte-rechts-Liste für den Gemeinderat zu kandidieren. Solch breite Bündnisse sind wegen dem Wahlsystem nötig; die Exekutivwahl in Bern ist eine Proporzwahl um fünf Sitze.

Und weshalb sollten dich die Berner/innen im November in den Gemeinderat wählen?

Mir ist es wichtig, mit allen Betroffenen gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und mit den zur

Verfügung stehenden Finanzen haushälterisch umzugehen. Ich suche im politischen Alltag die Prioritäten so zu setzen, dass für möglichst alle Bewohner/innen der Stadt eine hohe Lebensqualität möglich wird – dabei sind mir besonders Minderheiten wichtig.

Wie hoch ist das Pensum einer Gemeinderätin?

Die fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadt Bern haben 100 %-Pensen und erbringen ein noch höheres Engagement. Das ist für Privatleben und Familie eine grosse Herausforderung.

Findest du, dass es einen Unterschied gibt zwischen Männern und Frauen in der Politik?

Ich beobachte, dass Männer eher ihre Vorzüge anpreisen und Versprechungen machen, während Frauen damit eher zurückhaltend sind. Auch in der Bereitschaft, alles – auch die Zeit für die Familie – hinter die Karriere zurückzustellen, können Unterschiede beobachtet werden. Frauen setzen da ihre Prioritäten eher zugunsten der Familie.

Was sollte eine Gemeinderätin aus deiner Sicht für Voraussetzungen mitbringen?

Im Gemeinderat braucht es Personen, die gut vernetzt sind und gern mit vielen Parteien zusammen Lösungen erarbeiten. Gleichzeitig braucht es auch gute Team- und Führungsqualitäten;



Bettina Jans-Troxler

in der grossen Verwaltung von Bern zu führen ist eine Herausforderung.

Was sind deine politischen Ambitionen? Wo siehst du dich in fünf bis zehn Jahren?

Ich finde die Lokalpolitik spannend und sehr lebensnah, aber ich kann mir auch vorstellen, mich nach den vielen Jahren im Stadtrat auf der kantonalen Ebene einzubringen.

Interview: Susanne Gutbrod

ZU BESUCH BEI

Naémi Wyss, Wynigen



Naémi Wyss aus Wynigen ist Mutter von vier Schulkindern, Bäuerin mit Fachausweis und in der Erwachsenenbildung tätig. 2020 wurde sie in den Gemeinderat von Wynigen gewählt, wo sie fürs Ressort Bildung zuständig ist. Dieses wird in Kooperation mit zwei Nachbargemeinden organisiert.

Du bist Gemeinderätin von Wynigen und stellst dich im Herbst zur Wiederwahl. Was gefällt dir an dieser Tätigkeit?

Ich kann mir keine spannendere Lebensschule vorstellen. Zudem sind wir im Gemeinderat und in der Bildungskommission ein gutes Team und werden professionell durch die Verwaltung unterstützt. Dies hilft, auch herausfordernde Situationen zu meistern.

Was hat dich als Ressortverantwortliche Bildung in den letzten Jahren besonders beschäftigt?

Mein erstes Jahr war geprägt von den Massnahmen rund um die Corona-Pandemie und deren

Umsetzung. Der Mangel an Lehrpersonen und Fachkräften im Schulbereich ist klar die grösste aktuelle Herausforderung. Es wäre enorm wichtig, unsere Entscheide betreffend Klassenorganisation und Schulraumplanung mittel- und langfristig an einer zuvor definierten Strategie ausrichten zu können und nicht von der Hand in den Mund leben zu müssen.

Weil die Schule gemeinsam mit der Nachbargemeinde Seeberg organisiert wird und die Kleinstgemeinde Rumendingen ihre Schüler/innen nach Wynigen schickt, bist du quasi oberste Verantwortliche fürs Schulwesen

in drei Gemeinden. Was heisst dies konkret für dich?

Wir arbeiten im Sitzgemeindemodell zusammen, wobei Wynigen die Sitzgemeinde ist; Seeberg und Rumendingen sind Anschlussgemeinden. Auch hier ist die gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gemeinderäten äusserst wichtig und wertvoll. In der Bildungskommission sind alle Gemeinden vertreten. Obwohl die Zusammenarbeit in dieser Form bereits seit zehn Jahren existiert, möchten wir, dass die Schule in den nächsten Jahren auf allen Ebenen noch mehr zu einer Einheit zusammenwächst.

Welche Werte sind dir bei all den



Naémi Wyss

Begegnungen in Zusammenhang mit deinem Amt wichtig?

Grundsätzlich versuche ich, mich in mein Gegenüber hineinzuversetzen und seine Motivation hinter einer Handlung oder einer Aussage zu verstehen. Wertschätzung und Vertrauen sind mir sehr wichtig. Wo möglich, strebe ich an Sitzungen und in Diskussionen zukunfts- und lösungsorientierte Ansätze an.

Interview: Christof Erne

Politischer Themenmorgen vom 25. Mai



In diesem Jahr finden in etlichen Gemeinden Wahlen statt. Deshalb werden eifrig Kandidatinnen und Kandidaten gesucht und angefragt. Doch wie gehe ich mit einer solchen Anfrage um und was käme im Fall einer Wahl auf mich zu?

Diesen Fragen geht das Frauen-Netzwerk der EVP am Vormittag des 25. Mai 2024 in Bern nach.

In unseren Reihen haben wir viele kompetente, engagierte Frauen, die in politischen Ämtern ihrer Wohngemeinde tätig sind und uns daran teilhaben lassen, wie sich das so anfühlt.

Der Anlass bietet auch Gelegenheit für Fragen an Politikerinnen.

Gerne stehen Red und Antwort:

- Myriam Zürcher, Parlamentarierin aus Ostermündigen
- Jasmine Hari, Gemeinderätin aus Oberdiessbach

- Barbara Stotzer-Wyss, Vize-Gemeindepräsidentin aus Büren a. A., Grossrätin und Kantonalpräsidentin der EVP

Wir starten um 9.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli und hören ab 10.00 Uhr drei Kurzreferate mit anschliessender Podiumsdiskussion und Fragerunde.

Um 12.00 Uhr geht, wer Lust und Zeit hat, zu einem Mittagessen in einem Restaurant in der Nähe.

Veranstaltungsort:
Jardin, EGW Bern, Nägeligasse 9, 3011 Bern. Anmeldung:
barbara.streit@evp-bern.ch.

Frauen Netzwerk EVP BE

Kurzinfos der Ortsparteien

Versammlungen in Lyss

Mitte März führten alle EVP-Ortsparteien aus dem Seeland ihre Mitgliederversammlungen gleichzeitig in der Stiftung Südkurve in Lyss durch. Vorgängig trafen sich alle zu einer Führung durch diese soziale Institution und zu einem Apéro.

Neuer Präsident in Lengnau

Ruedi Mösch, Gründervater und langjähriger Präsident der EVP Lengnau, trat an der Mitgliederversammlung zurück. Diese wählte Beat Cantieni einstimmig zu seinem Nachfolger.

Positionspapier der EVP Biel

Starke Familien, eine intakte Umwelt, eine lebenswerte Stadt – die EVP der Stadt Biel gab sich im Hinblick auf die Gemeindevahlen im September ein neues Positionspapier. Download auf www.evp-biel.ch.

EVP Burgdorf im Bundeshaus

22 Personen der EVP Burgdorf und Umgebung liessen sich im März von Nationalrat Marc Jost durch das Bundeshaus führen und viele spannende Details erklären.

Neue Präsidentin in Buchsi

Die Mitglieder der EVP Münchenbuchse wählten Eva



Waldburger (Foto) zur neuen Präsidentin. Sie ist Mitglied des Grossen Gemeinderats und Leiterin HR eines Bieler Unternehmens.

Nomination in Bern

Die Parteiversammlung der EVP Stadt Bern nominierte Stadträtin und Parteipräsidentin Bettina Jans-Troxler zur Kandidatin auf der Gemeinderatsliste «Gemeinsam für Bern». Die Wahlen finden im November statt.

Bräteln in Oberdiessbach

Für Sonntag, 26. Mai lädt die EVP Oberdiessbach zu einer Wanderung und zum Bräteln auf der Aeschlenalp. Fürs Grillieren nehmen alle selber etwas mit (inklusive Getränke). Infos: www.evp-oberdiessbach.ch.

EVP Spiez nominiert Rolf Egli

Nach acht Jahren als Sozialvorsteherin stellt sich EVP-Gemeinderätin Anna Fink nicht mehr zur



Wiederwahl. Für ihre Nachfolge nominierte die EVP Spiez den Sekundarlehrer und Institutionsleiter Rolf Egli (beide auf dem Bild).

AUS DEM NATIONALRAT

Frühlingsession



Auch während der Frühlingsession konnte die EVP als Brückenbauerin wirken.

Mein Kollege Nik Gugger hat in der schweizweiten Presse grosse Aufmerksamkeit erlangt wegen seiner Mitwirkung beim Freihandelsabkommen zwischen Indien und den EFTA-Staaten. Auf nationaler Ebene konnten wir im Nationalrat Schritte in die richtige Richtung zur Bekämpfung des Antisemitismus unternehmen und Schweizer Garagisten vor unfairem Wettbewerb aus dem Ausland bewahren. Durch seine Überzeugungskünste bei Ratskollegen hat es Nik Gugger geschafft, vielen davon klarzumachen, dass das bestehende Agenturen-System die ausländischen Hersteller bevorteilt. Diese Motion liegt nun dem Ständerat vor. Da in letzter Zeit gerade durch Antisemitismus motivierte Gewalttaten zunehmen, setzten wir uns für zwei Vorstösse gegen Rassismus ein, die vom Nationalrat mit grossem Mehr angenommen wurden. Darunter ist eine Motion, die von Bundesrat und Kantonen verlangt, eine konkrete Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus auszuarbeiten. Leider hatten wir auch einige Misserfolge zu verzeichnen. So teilte das Parlament zum Beispiel unser Engagement für eine



Marc Jost

Jugend ohne Tabak nicht und die Initiative würde so ungenügend umgesetzt. Glücklicherweise geht der Prozess noch weiter. Eine weitere Anpassung am Arbeitsrecht, welche es lokalen Geschäften erlaubt, Ihre Mitarbeitenden auch sonntags für Arbeitsschichten aufzubieten, geht gegen den Volkswillen und auf Kosten der Arbeitnehmenden, indem man die Wirtschaftlichkeit über das Menschenwohl stellt. Etwas über die Misserfolge hinweggetröstet hat mich, dass wir als FC Nationalrat alle drei Spiele gewinnen konnten. Vielleicht auch, weil Bundesrat Beat Jans neu mit uns verteidigt.

Marc Jost, Nationalrat

Der Kirche den Geldhahn zudrehen?



Die Motion «Freiwillige Kirchensteuer», die der Grosse Rat in der Frühlingssession behandelt hat, ist von einer Mehrheit als Postulat überwiesen worden. Dieses fordert, dass juristische Personen zukünftig nur noch freiwillig Kirchensteuern entrichten sollen.

Laut Regierungsrat zahlten juristische Personen, also Firmen und Unternehmen, im Jahr 2021 rund 37 Millionen Franken an Kirchensteuern. Es handelt sich also um einen beträchtlichen Betrag, der zukünftig fehlen könnte.

Die Frage nach der zeitgemässen Unterstützung der Kirche durch Unternehmen ist berechtigt, besonders vor dem Hintergrund von Missbrauchsvorwürfen innerhalb der Kirchen. Trotz negativer Schlagzeilen sollte nicht vergessen werden, welchen unschätzbaren Wert das Engagement der kirchlichen Gemeinschaft hat.

Die Reformierte Kirche des Kantons Bern investiert jedes Jahr drei Viertel ihres Umsatzes, sprich 183 Millionen Franken, in gesellschaftliche Leistungen. Die Hälfte fliesst in den Sozialbereich, ein Drittel in die Bildung und der Rest in den Kulturbereich.

Die Kirche entlastet somit das öffentliche Sozialwesen erheblich. Neben den Angestellten übernehmen zahlreiche Freiwillige wichtige Aufgaben: von der Betreuung Obdachloser über Angebote für Jugendliche und Sprachkurse bis hin zur Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Seniorinnen und Senioren.

Kirchliche Räume sind bedeutende Treffpunkte im gesellschaftlichen Leben. Zudem unterstützt die Kirche das lokale Gewerbe als Kunde von Bäckereien, Restaurants und IT-Services oder als Auftraggeber für das Baugewerbe bei Sanierungen und Unterhalt.

Die Wichtigkeit der vielfältigen Leistungen der Kirchen wurde während der Debatte im Grosse Rat anerkannt. Aus diesem Grund wurde das Anliegen lediglich als Postulat überwiesen. Der Regierungsrat prüft nun



Das Engagement der Kirchen entlastet das öffentliche Sozialwesen stark.

mögliche Formen der freiwilligen Kirchensteuer bei den juristischen Personen. Die EVP wird sich aktiv in diese Diskussion einbringen. Aus Sicht der EVP sollte der Fokus nicht auf der Freiwilligkeit der Steuer an sich

liegen. Die juristischen Personen sollten jedoch wählen können, an welche Institution oder Kirche ihre Beiträge fliessen.

*Barbara Stotzer-Wyss
Grossrätin, Büren a. A.*

EVP KANTON BERN

Helfen Sie bitte mit, die EVP-Basis zu stärken!



Viele ehrenamtliche, treue Menschen stützen und tragen die EVP. Mit knapp 1500 Mitgliedern, neun Grossratsmitgliedern und einem Nationalrat sind wir als Kantonalpartei gut aufgestellt, um die kantonale und eidgenössische Politik weiterhin positiv mitzuprägen. Um die Zukunft der EVP nachhaltig zu sichern, sind jedoch besondere Anstrengungen dringend nötig.

Es ist leider eine Tatsache, dass viele unserer 59 Orts- und Regionalparteien von ganz wenigen Engagierten getragen werden. An der Basis und auf der Geschäftsstelle nehmen die Herausforderungen zu und Wahlgänge werden immer aufwändiger. Nach der erfolgreichen Professionalisierung der Basisarbeit zu Beginn der 2000er-Jahre, der Gründung zahlreicher neuer Ortsparteien und der Schaffung der Stelle für Grafik und Design im Jahr 2019 ist es für die EVP

jetzt an der Zeit für einen weiteren Ausbausritt. Wir brauchen dringend zusätzliche personelle Ressourcen zum besseren Erreichen der jungen Generationen, zur Vernetzung mit Schlüsselpersonen im christlichen Umfeld, zur gezielteren Unterstützung der Ortsparteien und zum Ausbau der Kommunikation. Dieser Stärkung der Basisarbeit haben die EVP-Delegierten am 27. April 2024 einstimmig zugestimmt. Für die Finanzierung

dieses Ausbaus (jährlich rund 40 000 CHF) und für alle laufenden Kosten sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Im aktuellen Jahr **benötigen wir Spenden in der Höhe von 180 000 CHF.** Bitte helfen Sie mit und stärken Sie die Basis der EVP, damit wir die Politik in Bund, Kanton und Gemeinden auch in Zukunft auf der Grundlage christlicher Werte mitgestalten können!

EVP Kanton Bern

Spendenbarometer

EVP Kanton Bern

Postkonto: 30-20312-1

IBAN:

CH64 3000 0001 3002 0312 1



Unser Ziel:
Fr. 180 000.-



Stand 9. April
2024:
Fr. 24 137.-

Die Armut im Kanton Bern sichtbar machen

Ich persönlich bin nicht von Armut betroffen, und wenn ich darüber nachdenke, fallen mir keine Personen in meinem Umfeld ein, von denen ich wüsste, dass sie gemäss Definition unter der Armutsgrenze leben. Wenn ich jedoch auf die Statistik der Universität Bern* schaue, liegt die absolute Armutsquote in meinem Wohnort Büren bei 7,8 %. Das bedeutet, dass von den rund 3700 Einwohnern etwa 290 von Armut betroffen sind. Ich gehe davon aus, dass ich also sehr wohl Menschen kenne, die in Armut leben, ich weiss es wohl nur nicht. Das scheint ein wichtiger Aspekt von Armut zu sein. In einem wohlhabenden Land wie der Schweiz spricht man nicht darüber, dass man arm ist. Dank einem gut ausgebauten Sozialsystem ist Armut auch nicht auf den ersten Blick sichtbar.

Aber Menschen, die von Armut betroffen sind, leben in unserer Nachbarschaft. Beiträge an Landschulwochen oder Skilager stellen gewisse Familien vor echte Probleme. Ältere alleinstehende Menschen verzichten auf einzelne Mahlzeiten, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Nachfrage in Caritas-Märkten ist seit Corona und durch die Teuerungssituation massiv gestiegen. Deshalb ist es wichtig, dass Armut im Kanton Bern transparent wird. Die Situation der Menschen, die am Rande des Wohlstands leben, muss sichtbar werden. In der Frühlingsession hat der Grosse Rat aus diesem Grund den Regierungsrat beauftragt, die Einführung eines Armutsmonitorings zu prüfen. Die oben zitierte Statistik basiert auf den Steuerdaten von 2012. Inzwischen dürfte sich durch die

Corona-Krise, stark steigende Preise bei Mieten, Energie und Krankenkassenprämien die Situation noch verschärft haben. Es ist also höchste Zeit, dass Armut erforscht und aktuell dargestellt wird. Das von der Berner Fachhochschule entwickelte Monitoring-Modell beruht auf im Kanton Bern vorhandenen Daten und stellt fünf Schlüsselindikatoren ins Zentrum: absolute Armutsquote, Armutsgefährdung, finanzielle Reserven eines Haushalts, Einkommensverteilung und Nichtbezugsquote der Sozialhilfe. Mit diesen Daten wird die Situation der Menschen sichtbar, die unter Armut leiden und in der Gesellschaft nur eine leise Stimme haben. Das Armutsmonitoring hilft zudem, dass gezielte Massnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Eindämmung der Armutsgefährdung ergrif-



Barbara Stotzer-Wyss

fen werden können. Es wird sichergestellt, dass Steuergelder dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Barbara Stotzer-Wyss
Grossrätin, Büren a. A.

* Quelle: <https://inequalities.unibe.ch/sample-page-2/armutskarte>

ANZEIGEN

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

Christliche Ostmission ostmission.ch

Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

ChristundJob.ch
IDEA-Stellenmarkt
Weiter-sagen!
Mein Job - meine Berufung!

ChristundJob.ch
Für Christen, die Arbeit und Berufung miteinander verbinden wollen.

WIR SUCHEN DICH!
Evangelische Volkspartei Kanton Bern

Du bist politisch interessiert, hast ein Herz für die EVP, bist kontaktfreudig, hast einen guten Draht zu jungen Menschen, bist gewinnend, lösungsorientiert und arbeitest gerne flexibel und selbstständig? Dann suchen wir dich!

MITARBEITER/IN BASISARBEIT EVP BE
40% per 1. Oktober 2024 oder nach Vereinbarung

Für Rückfragen und weitere Infos:
Lukas Zimmermann-Oswald, Projektleiter
Tel. 076 462 15 40 · lukas.zimmermann@evppev.ch

Wir freuen uns auf deine Bewerbung: info@evp-be.ch

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

Los Lorentes Residences
loslorentes.com

La session de printemps a été marquée par l'initiative solaire, l'impôt paroissial et la Question jurassienne.

Le 9 juin, les citoyen-ne-s suisses se prononceront sur trois initiatives populaires et une loi fédérale.

CONFLIT AU MOYEN-ORIENT

Tutti fratelli – une tradition chrétienne



Sur le champ de bataille de Solférino, Henry Dunant a remarqué que des femmes s'occupaient et soignaient les blessé-e-s dans les deux camps. « Tutti fratelli » – tous frères – était leur motivation et justification. Cette expérience fut décisive pour Dunant en tant que chrétien engagé pour la création de la Croix-Rouge.

Tutti fratelli: nous devons rester fidèles à cette tradition chrétienne. Notre charité, nos prières d'intercession et notre compassion doivent se déployer à tous nos prochains, c'est ce que Jésus nous enseigne avec la parabole du bon Samaritain et elle s'applique également en relation au conflit au Moyen-Orient.

Des souffrances indicibles des deux côtés

Le 7 octobre, 1139 personnes sont décédées, dont 766 civil-e-s, suite à l'attaque du Hamas. 239 personnes ont été prises en otage. 130 personnes sont toujours en détention. Le PEV a fermement condamné cette attaque et l'a qualifiée sans équivoque d'un acte terroriste brutal. Israël, pour sa part, a répondu par une contre-attaque massive laquelle se poursuit encore aujourd'hui. Le Hamas estime à plus de 30 000 personnes décédées. Ces chiffres sont considérés comme crédibles par diverses sources indépendantes. Ce chiffre tragique est dû au fait que les deux

parties au conflit ne protègent pas suffisamment leurs civil-e-s. C'est pourquoi les deux parties sont confrontées à des accusations de crimes de guerre.

Que fait la politique suisse ?

Au Parlement, nous avons abordé à plusieurs reprises les conséquences de ce conflit. La situation tendue a également entraîné une augmentation de l'antisémitisme et du racisme. Avec le soutien du PEV, le Parlement a approuvé plusieurs propositions répondant à ce sujet. La situation humanitaire est également un thème de préoccupation, en particulier le soutien de la Suisse à l'organisation humanitaire palestinienne UNRWA, qui est actuellement suspendu après qu'Israël a signalé que certain-e-s employé-e-s de l'UNRWA avaient participé à l'attaque du Hamas. En raison de la situation humanitaire dramatique à Gaza et avant que ces critiques soient connus, nous nous étions prononcés au Parlement en faveur de la maintenance du soutien de la Suisse.



L'ambassadrice d'Israël Ifat Reshef a rencontré Marc Jost à Berne lors de la commémoration pour les otages israélien-ne-s.

Les otages et Gaza ont besoin d'aide !

Aujourd'hui, nous considérons qu'il est urgent de continuer de répondre à la situation humanitaire urgente à Gaza. Actuellement nous cherchons d'autres moyens de soutien à Gaza. D'autre part, nous espérons que les otages, toujours

détenu-e-s par le Hamas, seront enfin libéré-e-s. Finalement tout crime contre le droit international doit être clairement condamné. La Suisse peut s'appuyer sur sa tradition chrétienne humanitaire.

Marc Jost
conseiller national, Thoune

Renforcer le travail de base du PEV

A la base et au secrétariat, les défis augmentent. C'est pourquoi le PEV a besoin de toute urgence de ressources en personnel supplémentaires afin de mieux atteindre les jeunes générations, de soutenir les partis locaux de manière encore plus ciblée et de développer la communication.

Les délégué-e-s du PEV ont approuvé à l'unanimité la création d'un poste pour le travail de base (40 %). Merci de nous aider à le financer:

PEV BE, Compte postal 30-20312-1
IBAN : CH16 0900 0000 3002 0312 1

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern info@evp-be.ch
Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde / Gönner: Fr. 3.-
IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55

L'initiative solaire, l'impôt paroissial et le Jura



La session de ce printemps a été marquée par des débats sur le contre-projet à l'initiative solaire, la question si les personnes morales doivent continuer à s'acquitter de l'impôt paroissial et l'achèvement des questions concernant le Jura.

Le Grand Conseil a tout mis en œuvre pour minimiser le contre-projet du Conseil-exécutif relatif à l'initiative solaire. L'obligation d'installer des panneaux solaires sur les bâtiments neufs, existants ainsi que sur les parkings a été rejetée. Cela signifie qu'une chance pour la transition énergétique et solaire a été manquée. La députée **Tabea Bossard-Jenni** a parlé d'un véritable gâchis.

Markus Wenger s'est engagé à ce que les personnes morales continuent à payer l'impôt paroissial.

Tom Gerber s'est prononcé en faveur du Concordat sur le transfert de Moutier, afin que la Question jurassienne puisse être considérée comme close. Le Parlement bernois doit rester cohérent. Les conflits territoriaux avec le canton du Jura ont été définitivement résolus. Il est désormais important pour le Jura bernois de

profiter de sa nouvelle position comme avantage et opportunité pour se repositionner.

Katja Streiff s'est engagée avec succès pour que les personnes concernées par des mesures de coercition à des fins d'assistance et de placement reçoivent le soutien nécessaire de la part du canton. Avec une autre motion, la députée du PEV a obtenu que les personnes touchées par le syndrome de fatigue chronique (ME/SFC) soient mieux soutenues et accompagnées.

Le député et apiculteur **Hanspeter Steiner** s'est engagé avec succès en faveur de la protection des abeilles. Le canton doit prendre des mesures pour empêcher la propagation du frelon asiatique. Avec le soutien de Katja Streiff, il a obtenu par une motion que l'utilisation de l'intelligence artificielle dans les écoles soit désormais réglée de

manière uniforme.

Grâce à l'engagement de **Margret von Bergen**, le canton de Berne disposera à l'avenir de plus de lits d'accueil temporaire pour les seniors. La représentante du PEV s'est également engagée avec succès pour une révision de la stratégie cantonale du 3^e âge.

Philippe Messerli s'est engagé pour la révision de la loi sur les archives. Le transfert des dossiers psychiatriques, historiquement précieux, aux Archives de l'État et le soutien financier des archives Gosteli sont d'une importance capitale pour la recherche historique. L'intégration sociale des bénéficiaires d'aide sociale ne doit pas être délaissée. **Simone Leuenberger** s'est prononcée en faveur d'une utilisation plus flexible des ressources financières destinées aux mesures d'occupation.



Barbara Stotzer-Wyss

Dans le cadre de la discussion sur la stratégie fiscale, **Barbara Stotzer-Wyss** s'est engagée en faveur d'un lissage pour les bas revenus. Les éventuelles baisses d'impôts ne doivent pas être financées par une réduction du service public.

*Barbara Stotzer-Wyss
députée, Büren a. A.*

VOTATION FÉDÉRALE DU 9 JUIN 2024

Oui au frein aux coûts et à la loi sur l'électricité



Le PEV a décidé de dire non aux initiatives pour l'allègement des primes et pour la liberté et l'intégrité physique. En revanche il dit oui à l'initiative sur le frein aux coûts et à la loi sur l'électricité.

L'initiative d'allègement des primes ne résout aucune des causes structurelles de l'explosion des coûts dans le système de santé. Les coûts supplémentaires annuels de 3,5 à 5 milliards de francs ne sont plus finançables par la

Confédération dans la situation actuelle et seraient également répercutés, par le biais des impôts et des taxes, sur les personnes et les familles à revenus moyens.

L'initiative sur le frein aux coûts est la bonne solution pour

lutter structurellement contre les mauvaises incitations et les facteurs d'augmentation des coûts dans le système de santé afin de stopper durablement la croissance des coûts et l'explosion des primes. Tous les acteurs de la santé vont être obligés d'agir et le principe de solidarité est renforcé.

L'objectif qu'il ne doit pas y avoir d'obligation de vaccination imposée par l'État est déjà protégé par la Constitution.

La Loi sur l'électricité permet de développer de manière socialement acceptable la production indigène d'électricité renouvelable, une nécessité urgente au vu de la situation géopolitique, du changement climatique et de la dépendance vis-à-vis des énergies fossiles étrangères. La loi est un compromis soigneusement équilibré entre la protection de la nature et l'approvisionnement en énergie.

L'initiative pour la liberté et l'intégrité physique va nettement trop loin. Sa mise en œuvre limiterait le monopole de l'État sur l'usage de la force à un point tel que la police ne pourrait même plus arrêter un suspect sans son consentement explicite.

PEV CH

VOTATIONS DU 9 JUIN 2024

Infos:
pev-be.ch/votations et evppev.ch/fr/votations

	Initiative d'allègement des primes	NON
	Initiative «Frein aux coûts»	OUI
	Initiative pour la liberté et l'intégrité physique	NON
	Loi sur l'électricité	OUI